

NIEDERSCHRIFT

über die öffentliche Sitzung des Schulausschusses am Dienstag, dem 20.09.2011, in der Mensa der Realschule Setterich, Straußende 24

Beginn: 18.00 Uhr

Ende: 19.30 Uhr

Anwesend waren:

a) **stimmberechtigt:**

Beckers, Rolf für Backhaus, Wolfgang
Bockmühl, Gabriele
Fritsch, Dieter, als Vorsitzender
Grotenrath, Petra
Lankow, Wolfgang für Puhl, Matthias
Mohr, Bruno
Mürkens, Franz-Josef
Reinartz, Ferdinand für Pohlen, Dr. Christina

b) **beratendes Mitglied gemäß § 58 Abs. 1 Satz 7 ff. GO NW:**

Reiprich, Hans-Dieter für Herkens, Michael

c) **sachkundige Einwohner:**

Eldemir, Abdullah
Klein, Gisela

d) **von der Verwaltung:**

Bürgermeister Dr. Linkens
I. und Techn. Beigeordneter Stauch (bis TOP 1)
StOAR Ohler
StA Engels als Schriftführer

e) **von der StädteRegion Aachen:**

Derichs, Dr. Ralf
Schulamtsdirektor Greuel, Norbert

f) **es fehlten:**

Pfarrer Bruckes
Pfarrer Gürtler

T a g e s o r d n u n g :

A) Öffentliche Sitzung

1. Kenntnisnahme der Niederschrift über die Sitzung des Schulausschusses vom 07.06.2011
2. Bildungsbüro der StädteRegion Aachen;
hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 10.06.2011
3. Bildungs- und Teilhabepaket;
hier: Sachstand
4. Schulsozialarbeit aus Mitteln des Bildungs- und Teilhabepaketes;
hier: Sachstand
5. Schulpolitischer Konsens für Nordrhein-Westfalen;
hier: Sachstand
6. Mitteilungen der Verwaltung
7. Anfragen von Ausschussmitgliedern

B) Nichtöffentliche Sitzung

8. Mitteilungen der Verwaltung
9. Anfragen von Ausschussmitgliedern

Die Mitglieder des Ausschusses waren durch Einladung vom 02.09.2011, auf Dienstag, den 20.09.2011, unter Mitteilung der Tagesordnung zu dieser Sitzung einberufen worden.

Der Vorsitzende eröffnete die Sitzung und begrüßte die Anwesenden. Zeit und Ort der Sitzung sowie die Tagesordnung waren öffentlich bekannt gemacht.

Zur Sitzung wurde ordnungsgemäß eingeladen und der Ausschuss war mit der Zahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig.

Ebenfalls begrüßte der Schulleiter der Realschule, Herr Michael Göbbels, die Anwesenden. Er dankte der Stadt Baesweiler für die neuen Räumlichkeiten, die nicht nur zum Essen genutzt würden; vielmehr sei die Mensa auch ein multifunktionaler Raum, der stark in die Arbeit der Realschule mit einbezogen würde.

Vor dem Einstieg in die Tagesordnung erläuterte Herr I. und Techn. Beigeordneter Strauch die erfolgten Sanierungsmaßnahmen an der Realschule.

Durch die Zusammenlegung von zwei bereits vorhandenen Pavillons, in denen vorher jeweils zwei Klassenräume waren, sei für die Mensa eine Nutzfläche von 230 qm geschaffen worden. Neben der Einrichtung einer Küche und der Essensausgabe sei im Zugangsbereich zur Mensa auch ein Behinderten-WC eingerichtet worden. Die Kosten für das Projekt Umbau bzw. Kernsanierung des Pavillons zu einer Mensa beliefen sich auf 307.000,00 €. Das Land Nordrhein-Westfalen habe hierfür einen Zuschuss in Höhe von 100.000,00 € gewährt. Aufgrund der Umbaumaßnahme haben nunmehr 120 Personen Platz in den neu geschaffenen Räumlichkeiten.

Hinsichtlich des Projektes der Turnhalle "Am Weiher" erläuterte Herr Strauch, dass man hier eine umfassende energetische Sanierung durchgeführt habe. Die gesamte äußere "Hülle" sowie das Dach seien energetisch saniert worden. Das Augenmerk habe man insbesondere auf die Dämmung gelegt. Daher erreiche man nunmehr Dämmwerte, die annähernd Passivhausstandard erreichen. Neben der erfolgten energetischen Sanierung des Gebäudes habe man auch die Zugangsbereiche zur Halle neu gestaltet sowie die Flucht- und Rettungswegesituation innerhalb der Turnhalle überarbeitet. Die Kosten für die gesamte Sanierungsmaßnahme belaufen sich auf ca. 1,3 Mio. Euro. Im Jahre 2012 sei eine schrittweise weitergehende Innensanierung der Halle vorgesehen.

A) Öffentliche Sitzung

1. Kenntnisnahme der Niederschrift über die Sitzung des Schulausschusses vom 07.06.2011

Einstimmig genehmigte der Schulausschuss die Niederschrift über die Sitzung des Schulausschusses vom 07.06.2011.

**2. Bildungsbüro der StädteRegion Aachen;
hier: Antrag der SPD-Fraktion vom 10.06.2011**

Zunächst stellte Herr Dr. Derichs die Arbeit des Bildungsbüros im Allgemeinen vor. Schwerpunkte der Arbeit seien u.a. die Bildung für Kinder sowie eine externe Schulentwicklungsbegleitung.

Im Folgenden erläuterte Herr Schulamtsdirektor Greuel die externe Schulentwicklungsbegleitung, welche Gegenstand des im Betreff genannten Antrages der SPD-Fraktion war. Er sei Mitglied im Lenkungskreis, einem Gremium von 15 Personen, des Bildungsbüros der StädteRegion Aachen. Einer von 12 Arbeitskreisen, die der Lenkungskreis eingerichtet habe nenne sich "Schulentwicklungsbegleitung".

Externe Schulentwicklungsbegleitung, so Herr Greuel, bedeute, dass Beratung von Schulen durch die derzeit sich in Ausbildung befindlichen Personen auf Anfrage der Schulen durchgeführt werden könne.

Alle Veränderungen an Schulen, egal ob gesellschaftlich oder politisch, würden Entwicklungsprozesse notwendig machen. Insgesamt seien vielfältige Probleme von den Schulen zu bewältigen. Die Begleitung dauere zwischen 1 und 3 Jahren, wobei die Schulentwicklungsbegleiter in größeren Abständen in den Schulen vor Ort seien. Die Inhalte der oben bereits genannten Entwicklungsprozesse würden ausschließlich durch die Schulen festgelegt. Somit entstehe ein angepasstes, passgenaues Begleitungsangebot für die Schulen.

Für die SPD-Fraktion dankte Frau Bockmühl Herrn Dr. Derichs und Herrn Schulamtsdirektor Greuel für den Vortrag. Sie stellte eine Anfrage nach der Bildungszugabe der StädteRegion Aachen, welche 300.000,00 € betrage. Diese Mittel seien bereitgestellt worden, um Schulen und Kindertagesstätten in die Lage zu versetzen, mehr Kindern die Möglichkeit zu geben, an außerschulischen Maßnahmen teilzunehmen. Sie fragte, wie derzeit die Nachfrage sei, ob das Angebot der Bildungszugabe ausreichend an die Schulen herangetragen worden sei oder ob noch "Werbemaßnahmen" durchgeführt werden müssten.

Dr. Derichs erläuterte, dass die Bildungszugabe ein neues Angebot der StädteRegion sei. Für das laufende Schuljahr sei ein Angebotskatalog mit über 50 Angeboten von 32 Anbietern erstellt worden. Dieser Katalog sei an alle Kindertagesstätten und Schulen in der StädteRegion Aachen versandt worden. Man habe bereits eine Vielzahl von Rückmeldungen erhalten, jedoch läge derzeit keine Auswertung vor, wie viele davon aus Baesweiler seien. Selbstverständlich finde jedoch eine Analyse durch die StädteRegion statt, inwieweit die Angebote angenommen würden bzw. eine Weiterentwicklung der Angebote erfolgen müsse. Seitens der StädteRegion wünsche man sich, dass man mit dieser Bildungszugabe möglichst viele Kinder und Jugendliche erreiche und ihnen somit die Möglichkeit geben könne, an attraktiven Angeboten teilnehmen zu können.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen dankte Herr Beckers beiden Gästen für den informativen und interessanten Vortrag. Er fragte, wie festgestellt werde, dass das Bildungsbüro erfolgreich arbeite. Wo habe die Region vor der Aufnahme der Arbeit des Bildungsbüros gestanden? Wie werde nach 2 Jahren festgestellt, ob das Bildungsbüro erfolgreich gearbeitet habe?

Dr. Derichs erläuterte, dass die Überprüfung der Arbeit des Bildungsbüros auf vielfältige Art und Weise geschehe. So sei beispielsweise ein Bildungscontrolling eingeführt worden. Hier werde die Arbeit des Bildungsbüros ständig evaluiert. Darüber hinaus sei ein sog. Bildungsmonitoring eingerichtet worden. Das Monitoring setze sich mit den Zahlen aus dem Bildungsbereich der StädteRegion auseinander. Ziel des Bildungsmonitorings sei die Erstellung eines Bildungsberichtes. Die Erstellung des Bildungsberichtes sei eine Kooperation aller 10 Kommunen der StädteRegion Aachen.

Darüber hinaus mache man sich auch im Bildungsbüro selbst Gedanken darüber, ob die Strukturen, die man eingegangen sei, so korrekt und richtig seien. Auch hier finde eine ständige Evaluation statt.

Für die CDU-Fraktion dankte Herr Lankow den Vertretern der StädteRegion Aachen für den informativen Vortrag. Er fragte, wie es vereinbar sei, dass das Programm "Lernen vor Ort" bis zum 31.12.2012 laufe, die Betreuung der Schulen durch externe Schulentwicklungsbegleiter aber auf 2 - 3 Jahre ausgelegt sei. Darüber hinaus stellte er die Frage, wer die Kosten für die externe Schulentwicklungsbegleitung trage.

Herr Greuel antwortete, dass man die Möglichkeit habe, das Projekt "Lernen vor Ort" auf Antrag um 2 Jahre zu verlängern. Die Antragstellung müsse bis 30.11.2011 erfolgt sein. Die Kolleginnen und Kollegen des Programms würden derzeit an der Antragstellung zur Weiterbewilligung arbeiten.

Andererseits habe man einen Kooperationsvertrag geschlossen, der als Institutionen den Lenkungskreis, die Bildungskonferenz sowie das Bildungsbüro beinhalte. Das Bildungsbüro bestehe aus 3 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die von der StädteRegion Aachen finanziert werden. Die weiteren 9 Mitarbeiter, die innerhalb des Programmes "Lernen vor Ort" beschäftigt werden, würden durch dieses Programm selbst finanziert. Das Programm "Lernen vor Ort" habe die Schulentwicklung nicht als Thema, so dass der Arbeitskreis Schulentwicklung unabhängig vom Programm "Lernen vor Ort" zu sehen sei. Das Thema Schulentwicklung sei ausschließlich beim Bildungsbüro angesiedelt. Daher seien die Laufzeiten des Programms "Lernen vor Ort" sowie des Themas Schulentwicklung getrennt voneinander zu betrachten.

Hinsichtlich der Kosten informierte Herr Greuel die Ausschussmitglieder, dass die Schulentwicklungsbegleitung aus dem Fortbildungsetat der einzelnen Schulen finanziert werden müsse. Sollte dieser Etat nicht ausreichen, können die Schulen einen Zuschuss vom Förderverein "Partner für Bildung" beantragen. Dieser Verein sei vom Bildungsnetzwerk mit einem großzügigen Sponsoring eingerichtet worden. Hinsichtlich der genauen Höhe der Kosten könne man nur schwer eine Aussage treffen, so Herr Greuel. Die Maßnahmen bzw. die Häufigkeit der Anwesenheit der externen Schulentwicklungsbegleiter an den jeweiligen Schulen seien sehr unterschiedlich. Daher könne über die genaue Höhe der Kosten keine Aussage getroffen werden. Wichtig sei festzuhalten, dass keine Schule aus Kostengründen auf Schulentwicklungsbegleitung verzichten müsse. Dies sei mit Hilfe des bereits genannten Fördervereins bisher auch gelungen.

Ausschussmitglied Lankow fragte, ob die Schulleiter die Ansprechpartner für die Schulentwicklungsbegleitung seien. Herr Greuel erläuterte, dass Schulentwicklungsbegleitung ein Angebot für die Schulen sei. Selbstverständlich ginge das Angebot über die Schulleiter an die jeweiligen Schulen. Jedoch sei zur Installierung von Schulentwicklungsbegleitung an Schulen immer der Beschluss der jeweiligen Schulkonferenz notwendig. Somit sei auch die Elternschaft einer Schule bei der Einrichtung von Schulentwicklungsbegleitung beteiligt.

Für die SDP-Fraktion hielt Frau Bockmühl fest, dass die in der Vorlage erwähnte "innerschulische Motivation" in den Baesweiler Schulen vorhanden sei. Sie äußerte den Wunsch, den Beschlussvorschlag dahingehend zu ändern, dass man als Signal aus dem Schulausschuss heraus den Vorschlag so ändere, dass man ausdrücklich begrüße, dass Schulen jede angebotene Hilfe in Anspruch nähmen.

Dr. Linkens erwiderte, dass er ebenfalls überzeugt davon sei, dass die Schulen bzw. die Pädagogen sehr engagiert arbeiten, obwohl es an jeder Schule immer schwieriger und komplizierter werde. Das Bildungsbüro sowie das Programm "Lernen vor Ort" habe in diesem Zusammenhang eine besondere Aufgabe, nämlich darzulegen, welche Aktivitäten in den Schulen trotz eines sehr vollen Stundenplanes und einer komplexen Verwaltungsstruktur stattfinden. Er halte es für korrekt, dass aufgrund der sehr hohen eingesetzten Steuermittel zur Finanzierung der beiden Institutionen nach einer gewissen Zeit eine Weiterbewilligung von den bis dahin erzielten Ergebnissen abhängig gemacht werden müsse. Die Ausführungen sollten zustimmend zur Kenntnis genommen werden. Er wünschte dem Bildungsbüro bei der Fortsetzung der Arbeit viel Erfolg.

Ausschussmitglied Lankow führte aus, dass aus seiner Sicht eine Änderung des Beschlussvorschlages nicht notwendig sei, da nach den Ausführungen des Bildungsbüros deutlich gemacht worden sei, dass die Ansprechpartner ausschließlich die Schulen seien. Insoweit nehme man die Ausführungen zustimmend und nicht ablehnend zur Kenntnis. Seiner Meinung nach könne der Ausschuss auch nicht mehr beschließen.

Dennoch, so Frau Bockmühl, sollte ihrer Meinung nach der Beschlussvorschlag beinhalten, dass man es ausdrücklich begrüße, wenn die Schulen jede angebotene externe Hilfe in Anspruch nehmen würden.

Folgender, neuer Beschlussvorschlag wurde zur Abstimmung gebracht:

Der Schulausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung sowie die Ausführungen des Bildungsbüros der StädteRegion Aachen zustimmend zur Kenntnis. Insgesamt wird festgestellt, dass durch die Arbeit des Bildungsbüros positive Impulse und Anregungen sowie konkrete Maßnahmen die Bildungsmaßnahmen in der StädteRegion weiter entwickeln und zukunftsfähig machen.

Beschluss:

Der Schulausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung sowie die Ausführungen des Bildungsbüros der StädteRegion Aachen einstimmig zustimmend zur Kenntnis.

Insgesamt wird einstimmig festgestellt, dass durch die Arbeit des Bildungsbüros positive Impulse und Anregungen sowie konkrete Maßnahmen die Bildungslandschaft in der StädteRegion weiter entwickeln und zukunftsfähig machen.

3. Bildungs- und Teilhabepaket; hier: Sachstand

Bezugnehmend auf die Vorlage teilte Dr. Linkens dem Ausschuss mit, dass man darlegen wolle, was aus dem erst in diesem Jahr verabschiedeten Bundesgesetz geworden sei. Man wolle darüber informieren, welche Leistungen das sogenannte Bildungs- und Teilhabepaket umfasse. Man habe mit diesem Gesetz erreichen wollen, dass Kinder aus sozialschwächeren Familien neben den Mehraufwendungen für ein gemeinschaftliches Mittagessen in Kindertagesstätten und Schulen auch die Teilnahme am sozialen und kulturellen Leben ermöglicht werde. Für die Antragsbearbeitung von Familien mit SGB II-Bezug sei das Jobcenter zuständig. Für die anderen Berechtigten sei im Wesentlichen die Stadt Baesweiler zuständig. Seit dem 22. August 2011 lägen dem Sozialamt aktuell 350 Anträge vor. Man sei im Sinne der Kinder selbstverständlich bemüht, die Anträge so schnell wie möglich zu bearbeiten. Hierfür habe man auch entsprechende personelle Verstärkungen vorgenommen.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stellte Herr Beckers fest, dass das Gesetz zu den Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket seit dem 01.01.2011 in Kraft sei. Nunmehr lägen der Stadt Baesweiler 350 Anträge vor. Er fragte nach, ob absehbar sei, bis wann die Anträge bearbeitet seien.

Dr. Linkens erwiderte, dass eine frühere Bearbeitung der Anträge nicht möglich gewesen sei, da neben dem Gesetz auch die entsprechenden Ausführungsbestimmungen abgewartet werden mussten. Man habe aber die entsprechende Qualifizierung der Mitarbeiter herbeigeführt. Seitens der Verwaltung könne kein konkreter Zeitpunkt genannt werden, wann die Anträge bearbeitet seien. Dennoch, so Dr. Linkens, sei man bemüht, niemanden unnötig lange warten zu lassen, sondern manches auch in persönlichen Gesprächen, beispielsweise mit Vereinen, hinsichtlich der Übernahme von Mitgliedschaftsbeiträgen, im Vorfeld einer schriftlichen Bewilligung zu regeln.

Ausschussmitglied Beckers betonte, dies zeige die Problematik, dass am "grünen Tisch" ein Gesetz entworfen worden sei, welches aber nicht sofort umsetzbar sei.

Dr. Linkens widersprach dieser Ansicht. Bei allen Anfangsschwierigkeiten müsse man festhalten, dass man das Geld anderer Institutionen verwalte und nicht ohne Durchführungsverordnungen Mittel gewähren könne. Dennoch ginge die Bearbeitung der Anträge in einem für ihn beeindruckenden Tempo voran.

Beschluss:

Die Mitglieder des Schulausschusses nehmen die Ausführungen der Verwaltung zum Bildungs- und Teilhabepaket einstimmig zustimmend zur Kenntnis.

4. Schulsozialarbeit aus Mitteln des Bildungs- und Teilhabepaketes; hier: Sachstand

StOAR Ohler stellte bezugnehmend auf die Vorlage fest, dass man mit dieser habe festhalten wollen, was Schulsozialarbeit leisten solle. Mit dem in der Vorlage genannten Betrag in Höhe von ca. 85.000,00 € könne man 1,7 Stellen finanzieren. Inwieweit dieser Stellenanteil auf 2 oder 3 Personen aufgeteilt werde, müsse man anhand der Bewerbungsgespräche feststellen, an denen die Verwaltung selbstverständlich beteiligt sei.

Die Verwaltung habe mit der StädteRegion vereinbart, das eingestellte Personal in enger Abstimmung mit den betroffenen Schulen einzusetzen. Konkrete Dinge hinsichtlich der Arbeit von Schulsozialarbeitern seien bisher nicht festgehalten worden. Ein wichtiger Punkt sei aber die Unterstützung von Familien, welche Mittel aus dem Bildungs- und Teilhabepaket beantragen wollen. Insgesamt, so StOAR Ohler, sei verstärkte Schulsozialarbeit sehr zu begrüßen.

Er erläuterte weiterhin, dass die Kosten der Unterkunft als Grundlage zur Berechnung des anteiligen jährlichen Betrages gedient habe, da diese in etwa den Bedarf einer Kommune widerspiegeln würde.

Die Verwaltung sehe den Schwerpunkt für die Schulsozialarbeit in den Grundschulen im Stadtgebiet. An den beiden Grundschulen im Stadtteil Setterich sei bereits ein Schulsozialarbeiter installiert, der beide Schulen betreue. Darüber hinaus gäbe es einen Schulsozialarbeiter an der Baesweiler Hauptschule. Diese bereits eingesetzten Schulsozialarbeiter bleiben, so StOAR Ohler, im Einsatz. Die zur Verfügung gestellten Mittel seien nur für neue Projekte bzw. neue Stellen einzusetzen. Bereits vorhandene Stellen dürfen mit diesen Mitteln nicht refinanziert werden.

Für die SPD-Fraktion teilte Frau Bockmühl mit, dass der Einsatz von Schulsozialarbeitern begrüßt werde. Sie fragte, ob im Vorfeld mit den anderen möglichen Trägern (Sprungbrett, VabW) Gespräche geführt worden wären und ob es da aufgrund anderer Verwaltungsstrukturen vielleicht "für's selbe Geld mehr Schulsozialarbeit" geben würde.

Herr StOAR Ohler erwiderte, dass die Verwaltung es für sinnvoll halte, bestehende Strukturen zu nutzen. Für Baesweiler und die Südkreis-Kommunen leiste das Jugendamt der StädteRegion die entsprechende Arbeit und es sei sinnvoll, die bereits vorhandenen Netzwerke zu nutzen.

Beschluss:

Die Mitglieder des Schulausschusses nehmen die Ausführungen der Verwaltung zur Schulsozialarbeit einstimmig zustimmend zur Kenntnis.

5. **Schulpolitischer Konsens für Nordrhein-Westfalen; hier: Sachstand**

Dr. Linkens teilte mit, dass man über den schulpolitischen Konsens auf Landesebene sehr froh sei. Er hielt fest, dass ein entsprechendes Gesetz derzeit noch nicht in Kraft sei, sondern lediglich im Entwurf vorliege. Heute solle der Ausschuss und insbesondere die Eltern der Grundschulkinder informiert werden, welche Möglichkeiten man aufgrund des schulpolitischen Konsenses habe. Derzeit habe man in Baesweiler eine Hauptschule mit 365 Schülerinnen und Schülern (2-3-zügig), eine Realschule mit 724 Schülerinnen und Schülern (4-5-zügig) und ein Gymnasium mit 1.069 Schülerinnen und Schülern (5-zügig).

Bei einem Gespräch mit der Bezirksregierung habe diese festgestellt, dass in Baesweiler - bezogen auf die drei weiterführenden Schulen - eine stabile Schullandschaft bestehe. Man müsse jedoch erkennen, dass die Schülerzahlen an den Hauptschulen rückläufig sei. So habe man die Lessingschule im Stadtteil Setterich schließen müssen. Die rückläufigen Schülerzahlen an Hauptschulen seien jedoch nicht ausschließlich ein Problem in Baesweiler, es handele sich vielmehr um eine allgemeine Entwicklung. Unglücklich sei man auf Seiten der Verwaltung über Schülerinnen und Schüler, die an Gesamtschulen, vorwiegend nach Übach-Palenberg und Alsdorf, auspendeln. Diese Schülerinnen und Schüler würde man lieber in Baesweiler beschulen.

Bezüglich der nach dem Schulkonsens möglichen Einrichtung einer Sekundarschule informierte Dr. Linkens die Anwesenden darüber, dass es für die Bestandsschüler der Realschule keine Veränderung geben werde. Darüber hinaus sehe der Konsens vor, dass auch die Gymnasien keinerlei Veränderungen unterliegen werden. Theoretisch bestehe die Möglichkeit, bereits zum nächsten Schuljahr im Sommer 2012 eine entsprechende Sekundarschule einzurichten. Dies sei jedoch nach Meinung der Verwaltung und der Bezirksregierung aufgrund der bestehenden gesunden Schullandschaft in Baesweiler zu kurzfristig und nicht notwendig.

Mögliche Modelle einer Sekundarschule seien beispielsweise die Zusammenlegung von Realschule und Hauptschule oder auch die Weiterführung einer reinen Realschule, die dann evtl. 3-zügig geführt werden müsse sowie daneben die Führung einer Sekundarschule, die dann beispielsweise von den bisherigen Hauptschülern und auch von evtl. Gesamtschülern besucht würde. Die Besonderheit einer Sekundarschule ist der gemeinsame Unterricht in den Klassen 5 und 6. Im Anschluss daran bestehe die Möglichkeit, jedoch kein Zwang, unterschiedliche Unterrichtsinhalte mit unterschiedlichen Schwerpunktbildungen zu vermitteln. Eine Sekundarschule müsse eine Kooperation mit einer gymnasialen Oberstufe eingehen. Die Voraussetzungen für eine solche Kooperation seien in Baesweiler aufgrund des ortsansässigen Gymnasiums gegeben.

Ziel der Verwaltung sei es, in dieser Diskussion eine mit dem Elternwillen konforme Entscheidung herbeizuführen. Um dieses Ziel zu erreichen, werde man die Eltern bei Vorliegen der Ausführungsbestimmungen über die Möglichkeiten der Schulbildungen informieren. Nach Verabschiedung des Gesetzes und Vorliegen aller Ausführungsbestimmungen werde auch eine Befragung der Eltern durchgeführt.

Aussage der Bezirksregierung in Köln sei, dass es schwer werde, eine Sekundarschule bis zum Sommer 2012 einzurichten. Viele Vorfragen müssten geklärt, Nachbarkommunen beteiligt und ein pädagogisches Konzept erstellt werden.

Die Verwaltung sei in intensivem Austausch, insbesondere mit den betroffenen Schulleitern der Hauptschule und der Realschule, und man wünsche sich eine intensive Beteiligung der Eltern der Grundschulkindern, um möglichst eine einvernehmliche Entscheidung herbeiführen zu können. Man arbeite daran, zeitnah konkrete Vorschläge machen zu können.

Für die CDU-Fraktion dankte Herr Lankow der Verwaltung für die Ausführungen. Er fragte, wann die notwendigen Ausführungsbestimmungen zu erwarten seien.

Man habe, so Dr. Linkens, seitens der Verwaltung die Information vorliegen, dass mit den Ausführungsbestimmungen noch in diesem Jahr zu rechnen sei. Dennoch sei es der Verwaltung ein großes Anliegen, die Eltern bereits vorab über die sich abzeichnenden Möglichkeiten zu informieren.

Ausschussmitglied Bockmühl regte an, die Fragebögen zur Information auch an die Ausschussmitglieder zu senden.

Dr. Linkens erwiderte, dass die Fragebögen öffentlich gemacht werden, unabhängig davon aber selbstverständlich auch den Ausschussmitgliedern zugestellt werden.

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen teilte Herr Beckers mit, dass seine Fraktion die Meinung der Bezirksregierung teile, dass man in Baesweiler eine stabile Schullandschaft habe, die man nicht mit "heißer Nadel" verändern müsse. Prognostizierend müsse man bei der Beobachtung von Anmeldezahlen an den 3 weiterführenden Schulen in Baesweiler, bei der Entwicklung der Auspendlerzahlen zu den Gesamtschulen in die Nachbarstädte und bei den gegenwärtigen rückgängigen Anmeldezahlen festhalten, dass sich auch die Schullandschaft in Baesweiler mittelfristig verändern werde, was einen Handlungsbedarf nach sich ziehe.

Daher sehe er die Notwendigkeit, einen Diskussions- und Meinungsbildungsprozess anzuregen. Auch seine Meinung sei, in erster Linie die Eltern der Grundschulkinder in diesen Prozess einzubinden. Darüber hinaus sei es aus seiner Sicht notwendig, die betroffenen Schulformen, hier auch die Gesamtschulen, ebenfalls in diesen Prozess einzubinden. Es müsse eine ergebnisoffene Diskussion geführt werden, in der Pro und Contra abgewägt werde, um dann schlussendlich entscheiden zu können, wie es tatsächlich weitergehe.

Beschluss:

Die Mitglieder des Schulausschusses nehmen die Ausführungen der Verwaltung einstimmig zustimmend zur Kenntnis.

6. Mitteilungen der Verwaltung

Es lagen keine Mitteilungen der Verwaltung vor.

7. Anfragen von Ausschussmitgliedern

Es lagen keine Anfragen von Ausschussmitgliedern vor.

Der Ausschussvorsitzende schloss die öffentliche Sitzung, dankte Herrn Göbbels für die Überlassung der Räumlichkeiten, den Vertretern der Presse sowie den Zuschauern und wünschte einen guten Heimweg.

B) Nichtöffentliche Sitzung